

II-3881 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1923 13

1986 -02- 2 4

A N F R A G E

der Abgeordneten Deutschmann, Dipl.Ing. Dr. Zittmayr
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Zurückziehung der Regierungsvorlage für
ein Bewertungsänderungsgesetz durch die Bundesregierung

Mit der Aufforderung " Murer soll aus seinem Schlaf-
wagen aussteigen und endlich etwas für uns tun. " wurde
der freiheitliche Staatssekretär im Landwirtschafts-
ministerium, Ing. Gerulf Murer, von seinem Parteifreund,
Landwirtschaftskammerrat Gero Hofer-Moser, in Greifen-
burg in Kärnten empfangen. Dorthin hatte die freiheit-
liche Bauernschaft Staatssekretär Murer zu einer
Diskussionsveranstaltung geholt.

Anstelle von Erfolgsnachweisen bot der Staatssekretär
der freiheitlichen Bauernschaft Versprechungen.
In einem Bericht über diese Veranstaltung in der
Kärntner Ausgabe der Kleinen Zeitung vom Samstag, dem
18. Jänner 1986, wird berichtet: ' Eine Zusage konnte
der freiheitliche Staatssekretär den besorgten Kärntner
Bauern machen: "Es wird keine Einheitswerterhöhung geben."
Dies habe er dem Finanzminister abgerungen.

Die notwendige Konsequenz ist daher die Zurückziehung der Regierungsvorlage für das Bewertungsänderungsgesetz. Eine solche Zurückziehung einer Regierungsvorlage kann die Bundesregierung gem. § 25 der Geschäftsordnung des Nationalrates jederzeit bis zur Abstimmung im Ausschuß vornehmen.

Im Nationalrat liegt aber nach wie vor die Regierungsvorlage Nr. 738 d. B. für ein Bewertungsänderungsgesetz vor, und ist dem Finanz- und Budgetausschuß zur Verhandlung zugewiesen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie im Ministerrat die Zurückziehung der Regierungsvorlage 738 d. B. für ein Bewertungsänderungsgesetz beantragen?
- 2) Hat ein freiheitliches Mitglied der Bundesregierung im Ministerrat den Antrag auf Zurückziehung der Regierungsvorlage 738 d. B. betreffend ein Bewertungsänderungsgesetz gestellt, oder ist Ihnen eine solche Absicht bekannt?